

AG Klimaschutz und Energie
AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe
AG Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Weltklimarat bestätigt Notwendigkeit der beschleunigten Energiewende

Der Weltklimarat IPCC hat den zweiten Teil seines 6. Sachstandsberichts veröffentlicht, in dem die Folgen des Klimawandels, Anpassungsmöglichkeiten und die Verwundbarkeit von Gesellschaften und Ökosystemen im Fokus stehen. Der Bericht zeigt, welche dramatischen Auswirkungen die Klimakrise bereits heute auf die biologische Vielfalt und Menschen hat.

Nina Scheer, Klimaschutz- und energiepolitische Sprecherin:

„Der Bericht des Weltklimarats ist wie erwartet alarmierend. Er mahnt, die globale Abhängigkeit von fossilen Energie-Ressourcen so schnell wie möglich zu überwinden. Richtigerweise widmet sich die Ampel-Koalition dem beschleunigten Umstieg auf Erneuerbare Energien. Die Dringlichkeit wird aber auch über den heute vorgelegten Bericht nochmal erhöht. In Bezug auf Deutschland bestätigt der IPCC-Bericht damit auch die klimapolitische Notwendigkeit eines vorzuziehenden Kohleausstieges. Die Klimarelevanz von CO₂-Emissionen wird weltweit und auch bei uns längst spürbar, wie etwa anhand vermehrt auftretender Extremwetter und der verheerenden Hochwasser etwa im letzten Jahr zu erkennen.“

Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher:

„Mit jedem Klimabericht werden die Erkenntnisse über die dramatische Lage des Klimawandels stärker. Auch wenn gerade der Ukraine-Krieg alles beherrscht, geht es darum, zu begreifen, dass der Klimawandel der Grund für Krisen und Kriege ist. Wir dürfen die internationale Klimapolitik jetzt nicht vergessen. Im Gegenteil: Die internationale Klimapolitik muss ganz hoch auf die politische Agenda.“

Sanae Abdi, entwicklungspolitische Sprecherin:

„Die großen Leidtragenden des globalen Klimawandels sind jetzt schon die Länder des globalen Südens und die dort lebenden Menschen. Wir müssen jetzt handeln. Dafür braucht es die entsprechenden finanziellen Mittel. Ich freue mich sehr, dass die SPD-Entwicklungsministerin Svenja Schulze angekündigt hat, 21 Millionen Euro zusätzlich für die Initiative InsuResilience Global Partnership bereit zu stellen, um die finanzielle Absicherung armer und verwundbarer Menschen und Länder gegen Klimarisiken zu

Impressum

Nr. 36.2022 / 28. Februar 2022

Herausgeberin: Katja Mast, MdB
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter
www.spdfraktion.de abgerufen
werden.

stärken. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation sollten wir nicht vergessen: Klimapolitik ist auch Friedenspolitik.“